

Neue Zürcher Zeitung

Abonnemente:

	1 Monat	3 Mte.	6 Mte.	12 Mte.
Zürich am Schalter oder bei Ablagen	Fr. 2.60	6.80	12.50	25.—
Durch Austräger ins Haus gebracht	3.50	9.—	16.50	32.—
Schweiz Bestellung beim Postamt	3.50	9.—	16.50	32.—
Lieferung unter Streifband	4.50	12.—	22.50	44.—
Ausland unter Streifband: à 3 Rp.-Porto	6.50	18.—	34.50	68.—
unter Streifband: à 5 Rp.-Porto	10.—	27.—	50.—	88.—

Bezug im postamtlichen Abonnement: Auskunft an den Post-Beziehungsstellen

und schweizerisches Handelsblatt
Täglich 3 Ausgaben
 Redaktion: Falkenstrasse 11, Zürich 1
 Administration: Theaterstrasse 1, Druckerei: Gesselfstrasse 10
 Telefon 27.100, Hauptpostfach, Postcheckkonto VIII 645

Annoncen: Zeilenmaß Nonpareille, 8 Spalten
 Zeilenpreis für lokale Geschäftsempfehlungen 50 Rp.
 Zeilenpreis für Anzeigen schweizerischen Ursprungs 60 " "
 Zeilenpreis für Anzeigen ausländischen Ursprungs 75 " "
 Restame-Zeilen, Besize der Zeitpaten 2.50 Fr.
 Abschluss- und Wiederholungsrabatte nach Tarif
Annoncen-Abteilung: Theaterstrasse 1 und Bahnhofstrasse 70
 Adresse: Postfach Fraumünster Zürich, Postfach VIII 1264

Die britischen Minister in Paris

London, 23. Nov. (Tel. unseres K.-Korr.) Chamberlain und Lord Halifax sind heute vormittag nach Paris abgereist. Die Atmosphäre ist im wesentlichen die gleiche wie vor einer Woche. Daran würde auch der Abschluss einer deutsch-französischen Friedens-erklärung nichts ändern, mit der man hier auf Grund der Reden, die in Berchtesgaden beim Amtsantritt des neuen französischen Votschafters gewechselt wurden, zu rechnen scheint. Diese formale Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses wird durch den andauernd schlechten Stand der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien ausgewogen. Die Frage wird hier gelegentlich aufgeworfen, ob und inwieweit die feindselige Haltung, die das nationalsozialistische Reich heute gegenüber Großbritannien einnimmt, eine Funktion der Außenpolitik sei. Die Verpflichtung zum raschen Handeln, der sich England angeht, ist dem tagtäglich wachsenden Glend in den jüdischen Gemeinschaften in Deutschland bewusst, ist ebenfalls nicht dazu angetan, die Kritik gegenüber dem nationalsozialistischen Regime auf jene Tonart zu stimmen, die in Berlin als akzeptabel betrachtet wird.

Die englische Presse befaßt sich vor allem mit den zwei Punkten, die im Vordergrund der britisch-französischen Gespräche stehen werden, dem Rüstungsproblem und der spanischen Frage. Niemand bestreitet hier, daß die Zusammenarbeit auf dem erstgenannten Gebiet seit München womöglich noch dringlicher geworden ist. „Times“ meint, daß der Gedanken-austausch für beide Regierungen fruchtbringend sein werde, und legt Gewicht darauf, daß alle Anstrengungen auf diesem Gebiet lediglich defensiven Charakter haben. „Daily Telegraph“ und „Manchester Guardian“ gehen eher weiter. Das konservative Londoner Blatt betont z. B., daß die Wehrprogramme Frankreichs und Großbritanniens sich bis zu einem gewissen Grad ergänzen, so daß eine Aussprache über Mittel und Wege, die eine bessere Koordinierung ermöglichen, eigentlich selbstverständlich sei. „Times“ betont wie die anderen Blätter, daß nichts die traditionelle Freundschaft zwischen England und Frankreich gefährden könne. Wenn die auswärtige Politik Frankreichs früher zwar nicht ausgesprochen die Einkreisung Deutschlands betrieb, so habe sie doch gelegentlich diesen Eindruck gemacht. Nachdem jetzt diese Politik endgültig zusammengebrochen sei, werde es den beiden Ländern viel leichter fallen, sich auf eine gemeinsame Verteidigung der den beiderseitigen Interessen gewidmeten Politik zu einigen. „Times“ gibt zu, daß der Zeitpunkt nicht geeignet sein möge, um sämtliche Fragen zu erörtern, die beide Mächte berühren, erinnert aber gleichzeitig daran, daß der Friede, wie Chamberlain in seiner Guildhallrede ausführte, nicht gewonnen werden könne, indem man einfach stillstehe und auf ihn warte. Das Blatt dürfte dabei an die Kolonialfrage denken, über die Malcolm MacDonald gestern im Unterhaus eine kurze Erklärung abgegeben hat. Er führte darin aus, daß Pirow in Berlin in seiner Hinsicht berechtigt sei, falls er mit Mitgliedern der Reichsregierung die koloniale Frage berührt, im Namen Englands zu sprechen.

Zu der für das französisch-italienische Verhältnis ausschlaggebenden spanischen

Frage ist man hier vorläufig einmütig darüber, daß nicht die Rede davon sein könne, General Franco außerhalb des Rahmens des Nicht-interventionsabkommens die Rechte eines Kriegsführenden zuzuerkennen. Die der Regierung nahestehenden Kreise haben in den letzten Tagen nichts gesagt, was dieser Auslegung der Intentionen Chamberlains Unrecht geben könnte. Das Eintreten auf die Wünsche Francos kann demnach nur dann in Frage kommen, wenn er sich bereit erklärt, den Abtransport von Freiwilligen weiter zu betreiben, und dafür liegen bisher keine Anzeichen vor.

Notwendigkeit der Koordinierung der französisch- und britischen Politik

Paris, 23. Nov. (Tel. unseres K.-Korr.) Die französische Presse ergeht sich in Mutmaßungen über den Umfang und die Tragweite der britisch-französischen Ministerbesprechungen, die am Donnerstagvormittag beginnen. Es wird sich in erster Linie um eine Harmonisierung der britisch-französischen Politik handeln, die seit den letzten Ereignissen notwendig geworden ist. Das Zusammenwirken der Mächte, das auf getrennten Wegen immer ein gemeinsames Ziel verfolgt, erfordert eine methodische Abstimmung der Diplomatie Großbritanniens und Frankreichs als Schutz gegen die Gefahr, von der Achse mandriert zu werden.

Es ist in Paris aufgefallen, daß Italien augenblicklich gegen England eine freundliche Sprache führt und Frankreich bei jeder Gelegenheit durch seine Presse herabzuwürdigen sucht, während Deutschland Frankreich seit einigen Wochen schon und gegenüber England nicht nur in der Presse, sondern auch in den Reden seiner Staatsmänner einen Ton erhörter Leidenschaft anschlägt. Die Hintergründe dieser Diplomatie über Kreuz erscheinen offensichtlich. Sollen Frankreich und England im Augenblick, da sie ihre militärischen und politischen Machtmittel zusammenlegen wollen, nicht tausch gemacht und von einem Interessengegensatz überzeugt werden? Entspricht die deutsche Initiative, beim Quai d'Orsay die angekündigte deutsch-französische Nichtangriffserklärung in diesen Tagen, d. h. unmittelbar nach dem britischen Ministerbesuch, abzuschließen, der Absicht, die Franzosen in einem Augenblick als Freunde Deutschlands erscheinen zu lassen, in dem die angelsächsische Welt über die Judenpolitik Berlins entrüstet ist, um dadurch den moralischen Zusammenbruch Englands, Amerikas und Frankreichs zu lockern? Oder handelt es sich einfach darum, die Inkraftsetzung des Mittelmeerabkommens zwischen London und Rom durch eine deutsch-französische Vereinbarung zu ergänzen, um auf diesem Wege dem Viermächtepakt näher zu kommen, der das gemeinsame Ziel Mussolinis und Hitlers bildet?

Auf jeden Fall müssen sich die französischen und britischen Staatsmänner über diesen Fragenkomplex klar werden, damit keine falschen Deutungen in der öffentlichen Meinung der beiden Länder entstehen können. Chamberlain, der über die Bemühungen Ribbentrops in Paris auf dem laufenden gehalten wurde, wird sich von den wahren Absichten Georges Bonnets, die eine gewisse Pariser Presse systematisch entstellt, überzeugen können. Ein weiterer

Ausbau der Münchner Politik scheint gegenwärtig nicht in der Absicht der beiden Regierungen zu liegen, dagegen würde London in einer Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen keinen Nachteil erblicken.

Was die weitere Entwicklung in Spanien anbetrifft, so stehen die offiziellen Kreise Frankreichs nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nur ein vollständiger Rückzug der Freiwilligen die Übertragung der Rechte einer kriegsführenden Partei an General Franco rechtfertigen könne und daß die Inkraftsetzung des britisch-italienischen Abkommens die Kompetenz des Nichtinterventionskomitees nicht beeinträchtigt habe. Man hält hier einen Kompromiß zwischen den britischen und französischen Staatsmännern für gegeben, der sich in einem besseren Verhältnis zwischen Italien und Frankreich auswirken könnte.

Das Hauptgewicht legen die politischen Kreise, bei der weiter bestehenden europäischen Kriegsgefahr, auf die verbesserte militärische Zusammenarbeit der beiden Westmächte. Es ist bekannt geworden, daß während der Septemberkrise England nicht mehr als zwei Divisionen nach Frankreich hätte schicken können, was der französischen Armee eine zu große Last aufgebürdet hätte. Man hatte in Paris von Großbritannien eine großzügige Maßnahme wie die allgemeine Dienstpflicht erwartet und war über die nachträgliche Passivität Chamberlains enttäuscht. Nachdem die Erwartung, daß Deutschland nach seinem Erfolg in der Tschechoslowakei sich befriedigt erklären werde und für die Westmächte keine unmittelbare neue militärische Gefahr bestehe, durch die kolonialen Ansprüche Hitlers widerlegt worden ist, und da die Kraftprobe vom September sich im nächsten Frühjahr wiederholen kann, ist für Frankreich eine rasche Lösung des Problems der militärischen Effektivbestände nicht weniger dringlich geworden als der Ausbau der Luftwaffe, und England muß hier ein Nebriges tun.

Paris, 23. Nov. ag (Gavas) Premierminister Chamberlain und Außenminister Lord Halifax sind um 17 Uhr 50 in Paris eingetroffen.

Deutsch-französische Nichtangriffserklärung

Paris, 23. Nov. (Tel. unseres K.-Korr.) Das Zustandekommen einer gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung, das noch am Morgen nicht mit dieser Reichheit erwartet worden war, bildet an der Schwelle der britisch-französischen Ministerkonferenz ein neues Element. Die zwischen Hitler und François-Poncet begonnenen Verhandlungen haben zu einem greifbaren Resultat geführt. Georges Bonnet und der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Léger, begaben sich heute mittag nach dem Ministerstern zum Ministerpräsidenten Daladier, um ihn von der vollzogenen Eingung in Kenntnis zu setzen.

Die Erklärung, die wahrscheinlich in den Abendstunden veröffentlicht werden wird, enthält die Anerkennung der bestehenden Grenzen, die Verpflichtung, sich im Falle einer Streitigkeit zu konsultieren, sowie den Verzicht auf neue Forderungen. Sie

wird wahrscheinlich durch Außenminister v. Ribbentrop persönlich in den nächsten Tagen in Paris unterzeichnet werden. Man spricht vom Montag.

Im Zusammenhang mit der gestrigen auf einen verhängnisvollen Ton gestimmten Antwort Hitlers auf die Ansprache des neuen Votschafters Coulonde wird das Ereignis von der Mehrheit der öffentlichen Meinung als eine Friedenssicherung begrüßt werden. In politischen Kreisen herrscht zunächst Zurückhaltung. Das „Journal des Débats“ kommentiert den Akt mit den Worten: „Unter gewissen Bedingungen sehen wir keinen Nachteil, einen solchen Austausch von Unterschriften vorzunehmen, die ein Gegenstück zu der Münchner Erklärung zwischen Chamberlain und Hitler bilden würde. Da das Pariser Dokument gewissermaßen den Zwillingssbruder des letzteren darstellt, kann darin nicht ein Versuch zur Voderung der französisch-britischen Solidarität erblickt werden. Man darf sich aber keinen großen Illusionen über den Wert eines solchen Papiers hingeben, dem weder die Bedeutung des Locarnovertrags noch des Kelloggpakts zukommt. Die Hauptsache ist, was man zu bleiben und sich nicht einschläfern zu lassen.“

Die Judenverfolgungen in Deutschland

Antündigung neuer Maßnahmen

Berlin, 23. Nov. (Tel. unseres O.-Korr.) Das „Schwarze Korps“ kündigt heute in einem Leitartikel eine Kette von neuen antisemitischen Maßnahmen an und als letztes Glied die Ermordung sämtlicher Juden in Deutschland, sofern das Ausland nicht ihren Abtransport und ihre Neuansiedelung übernimmt. Es wäre völlig verfehlt, diese Drohung als einen bloßen Schreckschrei oder ein nicht ernst gemeintes Mandat aufzufassen. Im Laufe der letzten Jahre sind sämtliche Vorschläge des „Schwarzen Korps“ zur Behandlung der Judenfrage, mochten sie im Moment der Veröffentlichung noch so phantastisch erscheinen, Punkt für Punkt verwirklicht worden. Das „Schwarze Korps“ stellt sich auf den Standpunkt, daß auf die Weltmeinung überhaupt keine Rücksicht mehr genommen werden müsse, weil seit dem für Deutschland so erfolgreichen Ausgang der Septemberkrise alle Erklärungen des Auslands „nicht viel mehr als ein Pappschwert wiegen“.

Die kommende Entwicklung schildert das Organ der Gestapo und der S. S. folgendermaßen: „Die Juden müssen aus unsern Wohnhäusern und Wohnvierteln verjagt und in Straßenjüden und Häuserblöcke untergebracht werden, wo sie unter sich sind und mit Deutschen so wenig wie möglich in Berührung kommen. Man muß sie kennzeichnen und ihnen ferner das Recht nehmen, in Deutschland über Haus- und Grundbesitz oder über Anteile an diesem zu verfügen.“ Infolge dieser Abschneidung ihrer Lebensader würden die Juden das ihnen verbleibende Kapital rasch aufzehren und verarmen. Der letzte Schritt sei dann ihr Verfinken in die Kriminalität. Daraus werde Deutschland das Recht ableiten, die Juden mit Feuer und Schwert auszuwotten, ihre restlose Vernichtung durchzuführen. Es sei jetzt Sache der Staaten, die eine „kindliche Humanität

Archäologische Funde im Ranton St. Gallen

Beim Kelleraushub für das neue Sekundarschulhaus in Altstätten im Rheintal wurde in zwei Meter Tiefe eine schweben- und knochenführende Kulturschicht durchstoßen, deren Kulturgut durch Dr. Schneider und andere Mitarbeiter geborgen wurde. Leider sind die vorhandenen Scherben an Zahl so gering und typische Artefakte völlig fehlend, daß eine genaue Datierung und kulturelle Heimweisung der Kulturschicht nicht mit Sicherheit gegeben werden kann. Sicher ist nur, daß es sich um eine urgeschichtliche Epoche handelt, als welche die hallstädtische nur vermutet werden kann. Die Fundschicht ist hoch mit Geschiebematerial des Brendenbades überführt, so daß eine Ausgrabung nur mit großen Kosten möglich wäre, ein Unterfangen, das bei den Mitteln, die heutzutage der schweizerischen Forschung zur Verfügung stehen, fast aussichtslos ist.

Auf sicherem Boden bewegen sich die Ausgrabungen, die das Nordschader Heimatmuseum unter Fr. Willi auf der oberen Burg in der Gemeinde Nordschaderberg diesen Sommer und Herbst unternahm. Willi fand ansehnliche Trockenmauerreste, die den Berg auf der Ostseite wie ein Wall verteidigen, dazu einige Herdstellen, spärliche Pfostenlöcher, die die Rekonstruktion von Wohnbauten nicht erlauben, hingegen eine stattliche Zahl von Scherben und einige Knochenwerkzeuge, die eine Datierung in die späte Hallstattzeit ermöglichen. Die Entdeckung ist um so bedeutender, als die Bodenoberfläche oberhalb Arbon bislang arm an ur-

geschichtlichen Funden gewesen ist. Die neuen Ausgrabungen aber beweisen, daß dies nicht etwa auf einer natürlichen Fundarmut beruht, sondern vielmehr an einem Mangel an bisherigen Beobachtungen. Es ist zu erwarten, daß der Neuentdeckung bald weitere folgen werden und daß sich die Fundorte dieses Gebietes in kurzem wesentlich beleben wird.

Daselbe ist zu sagen vom Gasterland, aus dem mit Ausnahme weniger sicherer und verschiedener unsicherer römischer Funde kein archäologisches Material bis zur Stunde bekannt geworden ist. Nun hat in den letzten Wochen J. Grüninger in Kaltbrunn den Gasterberg, einen aus der Linthebene aufsteigenden Bergkegel, einer genaueren Untersuchung unterzogen. Auf und um den höchsten Punkt herum konnte er einige Trockenmauern, einige verwachsene Wälle und Gräben sowie Terrassen feststellen. Ortsfremde Gesteine beweisen hier im Gebiet der Raggfluhfelsen, daß der Mensch mit vieler Mühe von anderswoher Befestigungsmaterial herbeitransportiert hatte. An Funden liegen eine Anzahl Scherben und einige Gefäßengestaltungen sowie ein Bronzering, das Glied einer offenbar ziemlich großen Kette, vor. Unter den Scherben befinden sich beschriftete verzierte Stücke, die zusammen mit anderen Scherben den Nachweis keltischer Besiedlung erbringen. Keltisch dürfte auch eine Eisenart sein, die den gleichartigen Resten aus der Gemeinde Weesen im schweizerischen Landesmuseum in Zürich gleichen. Ein schweres Speereisen trägt auf seinem Schaft eine Leier bis zur Unkenntlichkeit veränderte Zeichnung, die vielleicht ein mittelalterliches Wappen sein soll, aber in Form und Verzierungssart eine große Ähnlichkeit mit den Zeichnungen auf

keltischen Münzen aufweist. Vielleicht gelingt es einer weiteren Untersuchung, das Zeichen mit Sicherheit zu deuten. Außer diesem keltischen Fundgut aber liegen noch eine Anzahl vor-keltischer Scherben vor. Unter diesen sind nur ganz wenige Stücke verziert. Sie lassen vermuten, daß sie der Hallstattkultur angehören; doch muß, bis weitere Funde sichern Aufschluß bringen, auch an die Bronzezeit gedacht werden.

Die Fundstelle auf dem Gasterberg ist nicht nur lokal von großer Bedeutung, sondern ihre Erforschung verspricht auch einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Frage der Grenzziehung zwischen Rätien und Kelten und der gegenseitigen kulturellen Beeinflussung, die an dieser Stelle vorhanden gewesen sein muß. Das vorläufig noch geringe vorhandene Material zeigt schon ganz deutlich, daß es sich zum Teil um noch unbekannte Fragen handelt, die auf dem Gasterberg einer Lösung entgegengeführt werden können. Eine Ausgrabung, die ohne allzu große Kosten möglich sein sollte, wäre vielversprechend.

Auf dem St. Georgen bei Berschis wurde im Anschluß an oben erwähnte, aber nicht vollendete Grabungen im letzten Jahr durch den freiwilligen Arbeitsdienst in diesem Herbst durch das Historische Museum in St. Gallen, dessen urgeschichtliche Abteilung unter der Leitung von Reallehrer Brunner steht, und dem Heimatmuseum Sarganserland in Roms unter der Leitung von Reallehrer W. Frei in Mels und unter Mithilfe der schweizerischen Gesellschaft für Urgeschichte die Untersuchung vollendet. Die Literatur des letzten Jahrhunderts gibt den Plan einer römischen Festung von dieser Stelle wieder, auf dem neben einiaen Befestigungsmauern auch zwei „Zisternen,

Kaisern und das Haus des Kommandanten“ eingezeichnet sind. Heute steht fest, daß von all diesen angeblich römischen Mauern nur eine, und zwar die untere, römischen Ursprungs ist. Innerhalb dieser Mauer müssen Holzbauten der Wohnbedürfnisse der Römer gedient haben, von denen aber leider keine Spur gefunden werden konnte außer einigen wenigen Geizbröten- und Leistenziegelresten. Hinter der römischen Mauer wurde auch eine starke bronzezeitliche Schicht angefahren, die auf ein kleines, aber längere Zeit bewohntes Dorf dieser Zeit schließen läßt.

Die übrigen Mauern, die von den Forschern des letzten Jahrhunderts ebenfalls als römisch betrachtet wurden, haben sich jetzt als mittelalterlich herausgestellt. Es handelt sich um eine große Abschlußmauer, die den von Natur stark befestigten Berg gegen die Aufstiegsseite abschließt, um eine Mauer, die ihn auf der Nordseite begleitet, und um eine zweite Mauer, die offenbar als Fundamentmauer eines langgestreckten Gebäudes zu erklären ist. Wie die Urkunden zu melden wissen, bestand im Mittelalter an dieser Stelle ein Beguinenkloster, von dem man bisher vermutete, daß es höchstens zwei bis drei Schwestern beherbergt habe. Die Ausgrabungen aber haben bewiesen, daß die ganze Klosteranlage bedeutend größer gewesen ist, als man bisher annahm. Dies hätte man allerdings ebenfalls aus den Urkunden schon erschließen können; denn diese berichten, daß in der Reformationszeit dreißig mit Namen aufgeführte Schwestern das Kloster verlassen mußten, um in der Cloß bei Balenstadt eine neue Heimstätte zu finden. In den letzten Jahren ist auch ein Bild des holländischen Malers Joan Gadaert bekannt geworden, der im 17. Jahr-

itätsduferei" pflögen, die Juden in Deutschland vor dem sicheren Untergang zu retten.

In einem weiteren Artikel empfiehlt das „Schwarze Korps“ als vorläufige Maßnahme die Kennzeichnung der Juden mit einem gelben Fleck, wie es in Italien im 14. und 15. und in Deutschland im 16. Jahrhundert gehandhabt worden sei. Als beachtenswertes Vorbild wird auch die Bestimmung des Salzburger Konzils vom Jahre 1418 dargestellt, wonach die jüdischen Frauen an ihren kleiderfallenden Glöckchen zu tragen hatten, um sich schon von fern kenntlich zu machen.

In der deutschen Presse geht die Erörterung von Auswanderungs- und Abschiebungsplänen schon ins Uferlose, wobei es nachgerade zweifelhaft erscheint, ob man es auf eine wirkliche Lösung abgesehen hat oder darauf ausgeht, die Westmächte nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Außer den 600 000 bis 700 000 Juden, die Deutschland abgeben will, wird die Zahl, die aus Polen auszuwandern hätte, mit drei Millionen beziffert, für Rumänien auf 700 000 bis 800 000, für die Tschechoslowakei und Ungarn auf je 400 000. Scharfe Angriffe werden gegen den Herausgeber der „New-Yorker Staatszeitung“, den Deutschamerikaner Viktor Kibber, gerichtet, der in einer Versammlung die Verantwortlichen für die Judenverfolgungen als Fanatiker bezeichnete, die nicht wert seien, Deutsche zu heißen.

Die Eintreibung der Milliarden-Kontribution

Berlin, 23. Nov. (—Tel.) Der Reichsfinanzminister hat jetzt im Reichsgesetzblatt die Durchführungsbestimmungen über die Eintreibung der Milliarden Juden auferlegten Kontribution von einer Milliarde Reichsmark veröffentlicht. Die Kontribution wird von den Juden deutscher Staatsangehörigkeit und von den staatenlosen Juden in Form einer Vermögensabgabe erhoben. Juden fremder Staatsangehörigkeit unterliegen der Abgabe nicht. Die Vermögensabgabe betrifft nur solche Juden, die der Verordnung vom April dieses Jahres über die Anmeldung des in- und ausländischen Vermögens unterlagen, das heißt also, die über ein Vermögen von mehr als 5000 RM. verfügen. Bei Mischhehen ist nur der jüdische Ehepartner abgabepflichtig. Für die Vermögensabgabe ist der Vermögensstand vom 12. November dieses Jahres maßgebend. Die Abgabe beläuft sich auf 20 Prozent vom Vermögen und kann in vier Raten von je fünf Prozent abgeleitet werden. Die Zahlungstermine sind der 15. Dezember 1938 und je der 15. Februar, Mai und August 1939. Die Zahlungen sind ohne Auforderung zu leisten. Ehegatten haften gesamtschuldnerisch.

Die Versicherungsabgaben, die aus der unrichtig bekannten Zerstörungsaktion deutscher oder staatenlosen Juden zustehen, sind bekanntlich zugunsten des Staates beschlagnahmt worden. Nunmehr bestimmt die Durchführungsverordnung, daß diese Versicherungsabgaben, die einige hundert Millionen Reichsmark ausmachen dürften, auf die Kontribution angerechnet werden. Dieses kleine Entgegenkommen bezweckt zweifellos, das überall entstandene Gefühl der Ungerechtigkeit zu verlichten. Immerhin verfallen Versicherungsabgaben, die dem von jüdischen Kontributionspflichtigen zu leistenden Teil an der Vermögensabgabe übersteigen, zugunsten des Reiches.

Der Reichsfinanzminister wird Bestimmungen bekanntgeben, inwiefern die Juden der Abgabepflicht durch Hingabe von Wertpapieren und Grundbesitz genügen können. Die Zahlungspflicht kann beschränkt werden, wenn die Milliarde erreicht sein wird, es kann aber auch erweitert werden, wenn die Milliarde nicht erreicht wird.

Der Reichswirtschaftsminister hat kürzlich das jüdische Vermögen in Deutschland auf sieben bis acht Milliarden Reichsmark veranschlagt, wobei er gleichzeitig erwähnte, daß inzwischen rund zwei Milliarden Reichsmark in arische Hände übergegangen sind. Die Bemessung der Vermögensabgabe auf 20 Prozent vom Vermögen entspricht also ziemlich genau dem offiziell errechneten Stand von fünf Milliarden Reichsmark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die offizielle Berechnungsart des jüdischen Vermögens erheblich vom tatsächlichen Wert abweicht. So mußten bei der Anmeldung seinerzeit zum Beispiel Renten- und Pensionsansprüche kapitalisiert angegeben werden. Diese Beträge sind also praktisch nicht greifbar und lassen das jüdische Vermögen höher erscheinen, als es tatsächlich ist. Ferner entspricht der unter den gegebenen Verhältnissen tatsächlich zu errednende Liquidationswert jüdischer Grundstücke und Effekten keineswegs dem realen Wert, wie er bei der Vermögensanmeldung einzuflehen war. Es ist ferner bekannt, daß eine Grundstückerwerbungsaktion durchgeführt wird, bei der die Immobilien in vielen Fällen nur zum Wert der darauf lastenden Hypotheken die Hand wechseln, obwohl ihr wirklicher Wert ein Vielfaches davon beträgt. Schließlich ist zu

hundert neben der heute noch stehenden wunderbaren romanischen Kirche ein stattliches Haus und ungefähr dort, wo jetzt die Fundamente eines Hauses gefunden wurden, einen langgestreckten Bau zeichnete. So rundet sich heute das Bild einer Klosteranlage von mittlerer Größe, dessen Bedeutung erst durch die Ausgrabung klar geworden ist.

Die beiden „Ziternern“ sind senkrecht mit vieler Nähe in den Felsen ausgehöhlte viereckige Gruben von mehreren Metern Seitenlänge und mehreren Metern Tiefe. Auf ihrem Grund fanden sich längs der Felsen starke mittelalterliche Mauern, die den Beweis erbringen, daß sie in der Klosterzeit als Kellergruben gebient haben mögen. Die Entdeckung der Gruben hinter kann deshalb doch älter anzusehen sein; denn auffälligerweise befindet sich die eine Grube außerhalb des Klosterareals. Wer sie erklettern hat und zu welchem Zweck dies ursprünglich geschah, wird wohl für immer ein Geheimnis bleiben. Sicher ist nur, daß es sich niemals um Ziternern gehandelt haben kann. Es ist außerordentlich erfreulich, daß auch im Kanton St. Gallen die Bodenforschung neuerdings aufzuleben beginnt. Nachdem dieser Kanton durch die Erforschung des alpinen Paläolithikums durch Dr. E. Wächter und des Montlingerbergs durch Dr. S. Wexler stark in das Blickfeld der Schweizerischen, ja sogar der europäischen Urgeschichtsforschung gerückt ist, wiesen sich die neuen Entdeckungen und Forschungen sehr verheißungsvoll aus. Es ist nun nur noch zu wünschen, daß diese Arbeiten auch den nötigen Widerhall bei den Behörden und im ganzen Volk finden, ähnlich wie dies in einigen andern Kantonen schon der Fall ist.

Rudolf Keller-Larnutzer

erwähnen, daß in letzter Zeit von den auswandernden Juden außer der Reichsfluchtsteuer von einem Viertel des Vermögens noch eine „freiwillige“ Abgabe für die zurückbleibenden armen Juden verlangt wird, die etwa fünfzehn Prozent, häufig aber nochmals den Betrag der Reichsfluchtsteuer ausmacht. Unter Berücksichtigung dieser Momente muß das jüdische Vermögen bedeutend niedriger angesetzt werden. Rechnet man noch die Schäden hinzu, die die Eigentümer für die Instandsetzung der zerstörten Geschäfte zu bezahlen haben, so kann man etwa annehmen, daß die Juden inklusive der Kontribution die Hälfte ihres Vermögens verlieren.

Eine Rede Goebbels'

Berlin, 23. Nov. ag Das Deutsche Nachrichtenbureau meldet: Reichspropagandaminister Dr. Goebbels sprach am Dienstagabend vor 2000 Berliner Propagandisten in der Kolloper. Er ging dabei u. a. auch auf das Judenproblem und die entsprechende Debatte im englischen Unterhaus ein, wobei er unter starkem Beifall erklärte, man sollte in England, wenn man Freundschaft mit dem deutschen Volke schließen wolle, diese Freundschaft nicht von innenpolitischen deutschen Verhältnissen abhängig machen. Die deutsche Nation lasse sich heute nicht mehr eine Einmischung und gouvamenthafte Bevormundung gefallen. Das Verhalten des Judentums in Deutschland selbst zwinge zu einer durchgreifenden und schnellen Lösung. Man werde hier nicht locker lassen. Die Nationalsozialisten hätten keine Lust, alle Augenblicke in Berlin eingeschlagene Fenstersteine zu sehen, deren Zerkümmerung allein darauf zurückzuführen sei, daß sie zu jüdischen Geschäften gehörten.

Goebbels verwehrte sich sodann scharf gegen die „Darstellungen einer bestimmten Auslandspresse“, daß u. a. auch Plünderungen bei den spontanen Protestaktionen des Volkes gegen die Juden vorgenommen seien. An dem Beispiel eines jüdischen Juweliersgeschäftes in der Berliner Straße unter den Linden stellte er fest, wie in diesem Falle der jüdische Mitinhaber selbst die Gelegenheit dazu benutzt hatte, die angeblich geplünderten Juwelen in Sicherheit zu bringen, um dann zu behaupten, daß sie gestohlen worden seien.

Prozeß gegen Schuschnigg

Berlin, 23. Nov. (Tel. unferes O-Korr.) In unterrichteten Kreisen rechnet man mit der baldigen Durchführung des von Gauleiter Bürckel im August dieses Jahres angekündigten Prozesses gegen Schuschnigg. Die Meldungen einiger englischer Blätter über eine angeblich bevorstehende Freifassung des ehemaligen Bundeskanzlers beruhen auf haltlosen Kombinationen. Das Verfahren, das auf die Verurteilung der von Dolfuß und Schuschnigg verkörperten Regierungspolitik abzielt, wird ein noch zu bildendes Staatsgericht in Wien beschließen, dessen Mitglieder direkt von Hitler ernannt werden. Die Anklage erhebt Gauleiter Bürckel. Das Gericht hat lediglich die Frage zu beantworten, „ob schuldhaft das Recht verlehrt oder eine volksfeindliche Handlung begangen wurde“. Wird die Frage bejaht, so kann der Reichsminister des Innern dem schuldig Befundenen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkennen und sein Vermögen beschlagnahmen.

Das Kolonialproblem

Mailand, 23. Nov. (Tel. unferes S.-Korr.) Die „Gazzetta del Popolo“ vertritt die Auffassung, daß die Frage der Zurückerstattung der ehemaligen afrikanischen Kolonien an Deutschland trotz den feierzeitigen Erklärungen Hitlers zu einer Klärungsfrage werden könne. Zwar habe Hitler von einer Lösung auf dem Verhandlungsweg gesprochen; wenn man aber Deutschland, wie es in der französischen und britischen Presse geschieht, das Recht auf seine Kolonien abspreche, weil diese mit den Waffen erobert worden seien, ändere sich die Sachlage vollkommen. Diese Art der Rechtsverweigerung bedeute eine Ablehnung jener Verhandlungen, von denen Hitler gesprochen habe und dadurch könne die Frage auf den Weg einer Gewaltlösung verschoben werden.

Die Neutralität der baltischen Staaten

Riga, 22. Nov. ag (Beta) Die Außenminister von Lettland, Estland und Litauen haben am 18. November in Riga eine Protokoll unterzeichnet, wonach sie übereingekommen sind, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um nach den verfassungsmäßigen Bestimmungen ihrer Staaten die Bestimmungen des Gesetzesentwurfes über die Reglementierung der Neutralität, wie er am 3. November von den Delegierten der drei Staaten in Reval festgesetzt wurde, in die innere Gesetzgebung ihrer Länder aufzunehmen.

Riga, 22. Nov. ag (Beta) Außenminister Munter veröffentlichte den Entwurf zu einem Neutralitätsgesetz, das mit den Neutralitätsgesetzen von Estland und Litauen gleichlautend ist und den Neutralitätsgesetzen der nordischen Staaten fast genau entspricht.

Der Bürgerkrieg in Spanien

Neuer Luftangriff auf Barcelona
Barcelona, 23. Nov. ag (Havas) Die Altstadt und der Stadtteil um die Kamblos sind kurz nach Mittag von zehn dreimotorigen Flugzeugen neuerdings bombardiert worden. Etwa zehn Häuser sind zerstört worden. Bis jetzt werden zehn Tote und 30 Verletzte gemeldet.
Die Zahl der Opfer der ersten heutigen Bombardierung beläuft sich bis jetzt auf 40 Tote und über 90 Verletzte.

Mobilisationsmaßnahme

Burgos, 23. Nov. ag (Havas) Die Jahresklasse 1927, d. h. die jetzt 31 Jahre alten Reservisten, werden unter die Fahnen gerufen.

Der Krieg in China

Tschungking, 22. Nov. ag (Neuter) Der Kommandant der Garnison, der Polizeidirektor und der Kommandant der Gendarmerie von Tschungking, der Hauptstadt von Hunan, wurden am Sonntag auf einem öffentlichen Platz hingerichtet. Sie wurden als verantwortlich für den Brand der Stadt erkannt, bei dem innerhalb fünf Tagen 2000 Menschen den Tod fanden.

Hongkong, 23. Nov. ag (DNW) Zwischen dem Chef des örtlichen japanischen Geschwaders und den britischen Behörden von Hongkong ist eine Vereinbarung zur Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs zwischen Hongkong und Canton in beschränktem Umfang und hauptsächlich für humanitäre Zwecke zustande gekommen.

Deutschland

Besuch König Karls bei Hitler
Berlin, 23. Nov. (Tel. unferes O-Korr.) König Carol von Rumänien, der sich gegenwärtig bei seinen Verwandten aus der fürstlich-hohenzollernschen Familie in Sigmaringen aufhält, wird nächsten Donnerstag in Berchtesgaden einen Besuch bei Hitler abstatten.

Frankreich

Streikbewegungen
Bille, 23. Nov. ag (Havas) 180 Arbeiter der Galvanisierungsanstalt Denain sind in den Streik getreten.

Bordeaux, 23. Nov. ag (Havas) Am Dienstag wurde die Ausladung bei einem amerikanischen Dampfer nach Intervention eines Gewerkschaftsvertreters plötzlich unterbrochen, weil die Ladung für Francospanien bestimmt sei. Der Dampfer hatte Mehl für das amerikanische Rote Kreuz in Bilbao an Bord.

Monaco

Mailand, 23. Nov. (Tel. unferes S.-Korr.) Die italienischen Zeitungen melden, in Monte Carlo seien siebzug italienische Angestellte eines jüdischen Hotelunternehmens willkürlich entlassen worden.

Finnland

Zum Rücktritt Holsti

Helsingfors, 22. Nov. Me. Der hiesige Korrespondent der „Times“ berichtet seiner Zeitung über die Hintergründe der Demission von Außenminister Holsti. Das Gerücht, daß die deutsche Diplomatie ihre Hand mit im Spiele gehabt hätte, wurde in hiesigen vertrauenswürdigen politischen Kreisen in bestimmter Form herabgeworfen. Holsti soll infolge seiner ausgesprochenen Sympathien für die Westmächte einen kräftigen deutschen diplomatischen Angriff ausgeführt worden sein. Nach der Version der „Times“ behauptet das Auswärtige Amt, Holsti habe in Genf am 26. September an einem von der Väter veranstalteten Empfang, ungebührliche Bemerkungen über die Rundfunkrede Hitlers vom selben Abend geäußert. Obwohl Holsti die Beschuldigungen energisch zurückwies, soll die deutsche Regierung erklärt haben, Holsti genieße nicht das Vertrauen der Reichsregierung. Sämtliche Mitglieder der deutschen Gesandtschaft in Helsingfors, die eine Einladung zu einem Diplomatenempfang bei Holsti bereits angenommen hatten, blieben diesem Anlaß fern. — Deutschland soll ferner zu verstehen gegeben haben, daß man mit Holsti über die von Finnland und Schweden angestrebte Revision der Alandkonvention nicht verhandeln würde.

Der stellvertretende Außenminister Votomaa erklärt hierzu, der finnische Regierung sei von einem derartigen Zwischenfall nichts bekannt. Eine Untersuchung der Regierung hätte nichts ergeben, was die Richtigkeit der Beschuldigungen gegen Holsti bestätigen würde. Zugegeben wird, daß die deutschen Vertreter dem Diplomatenempfang bei Holsti fernblieben.

Rumänien

Antisemitische Gewalttaten
Bukarest, 23. Nov. ag (DNW) Die Brandlegungen in jüdischen Geschäften und Synagogen dauern an. In der Nacht zum Mittwoch wurden in Czernowich eine Synagoge, die Tribüne eines jüdischen Sportpalastes und vier jüdische Geschäfte in Brand gesteckt.

Rußland

Die Säuberung in Komfomolsk

Moskau, 23. Nov. ag (DNW) Amtlich wird mitgeteilt, daß auf einer Plenarsitzung des Zentralkomitees des Komfomolsk die bisherigen Spitzenfunktionäre, vor allem der Generalsekretär Kossarew, abgesetzt wurden, weil sie sich „bürokratisch und feindselig“ gegenüber ihren Untergebenen verhielten, welche die Mängel der Komfomolsk-Zeitung aufdecken wollten. An die Stelle Kossarews als Leiter der Komfomolsk tritt Alexanderow, bisher Chefredakteur der „Komfomolskaja Prawda“. Zugleich wurden Sekretariat und Bureau des Zentralkomitees des Komfomolsk neu gebildet, wobei kein bisheriges Mitglied wieder gewählt wurde.

Schwerer Sturm über England

London, 23. Nov. (Tel. der „United Press“) Ganz England wurde am Mittwoch von einem Orkan heimgesucht, der mit einer Geschwindigkeit von 130 km/Stunden dahinstrafte, schwere Zerstörungen anrichtete und nach bisherigen Meldungen den Tod von zwölf Menschen verursachte. Am Abend zeigte der Sturm noch keine Anzeichen des Abklingens. Chamberlain und Halifax hatten infolge des Unwetters eine überaus stürmische Leberfahrt über den Kanal auf dem Weg nach Paris. Der Riesendampfer „Queen Mary“ konnte in Plymouth, wo er Passagiere ablegen sollte, nicht anlaufen, und das britische Schlachtschiff „Royal Oak“, das die sterblichen Überreste der norwegischen Königin Maud nach Norwegen bringen soll, konnte nicht auslaufen.

Ueberschwemmungen in Italien

Mailand, 23. Nov. (Tel. unferes S.-Korr.) Infolge wolkenbruchartigen Regens kam es gestern in den Tälern Friauls zu großen Ueberschwemmungen. Die Flüsse und Bäche führten Hochwasser. Bei Brauliss wurde durch die Fluten eine Brücke weggerissen; die Straßen und Eisenbahnlinien sind an mehreren Stellen unterbrochen. Zwischen Udine und Cividale stürzte im Augenblick, als der Zug vorbeifuhr, eine Brücke ein; fünfzehn Personen wurden verletzt, drei Personen kamen ums Leben.

Der Schwurgerichtsprozeß Naf

Gutachten der Psychiater

Prof. Dr. Maier von der Seilanstalt Burghölzli hat Naf schon im ersten Prozeßverfahren beobachtet. Seither hat sich an seinem Charakterbild nichts Wesentliches geändert. Nicht die Zurechnungsfähigkeit, sondern der Charakter des Angeklagten war in erster Linie zu prüfen. Der Experte schildert das Leben Nafs, hauptsächlich gestützt auf dessen eigene Erzählung, berichtigt aber überall dort, wo Naf zu seinen Gunsten allzu stark gefärbt hat. Im Gegensatz zu 1934 will Naf heute selbst eine starke Gasvergiftung erlitten haben. Der Experte weist nach, daß diese Darstellung unmöglich richtig sein kann, rein physikalisch nicht, weil es sonst zu einer Explosion hätte kommen müssen, aber auch deshalb nicht, weil sonst das Erinnerungsvermögen Nafs für jene Zeit getrübt sein müßte.

Naf ist nicht geisteskrank, nicht schwachsinzig. Er ist nicht so intelligent, wie er scheinen möchte; er ist eher „dumm als tann“. Er plaudert gern; gegen Vorgetakte ist er nicht nur höflich, sondern servil. Er ist ein „ausgesprochener Wichtigtur“, wie man ihn selten findet; seine Wichtigtur ist vor allem jeuell und etwas graulich betont.

Als Grund für seine Lüge gab Naf früher an, er habe sich verteidigen müssen; heute fährt er sie darauf zurück, daß er sich über den Bezirksanwalt geärgert und dessen Arbeit habe erschweren wollen. Naf liegt in gleichgültigen Dingen nicht, nur wo er damit einen Zweck verbindet, er ist kein krankhafter Lügner. Er weiß, wo er liegt, und ist deshalb dafür verantwortlich; er ist daher voll zurechnungsfähig. Seine moralischen Hemmungen sind gering. Er ist ein ausgesprochener Egoist. Damit ist nicht unvereinbar, daß er bei vorübergehenden Gemütsaufwallungen weichezig sein kann. — Eine Schätzigkeit Nafs, wenigstens in der letzten Zeit, ist unwahrscheinlich.

Der bekannte Psychiater Dr. C. G. Jung beschreibt zunächst seine Methode der Charakterforschung. Durch „Reizwörter“ überprüft er die Reaktionen des Kandidaten. Er erklärt, er habe die Prüfung vorurteilslos vorgenommen, sei eher dem Angeklagten günstig gesinnt gewesen, da er vom Verteidiger angezogen wurde. — Nafs Reaktionszeit lag sogar über dem Durchschnitt ungebildeter Leute. Ein Drittel der Reizwörter, die sich auf den Tatbestand bezogen, riefen „maximale Störungen“ hervor, ein weiteres Drittel war geföhrt; indifferente Wörter bewirkten keine Störungen. Der Experte hat den Eindruck, daß Naf verhalten auf seine „Defensivintelligenz“ zurückzuführen sei. Er hat immer mehr oder weniger außerhalb der Gesellschaft gelebt. Bei ihm muß ein erhebliches Schuldbewußtsein vorhanden sein. Das kann aus seiner allgemeinen affektiven Einstellung oder aus einer besonderen Schuld erklärt werden. Anhaltspunkte für „verfolgte Unschuld“ lassen sich nicht nachweisen.

Der Verteidiger Nafs hat Dr. Hans Kunz in Birmingen bei Basel ersucht, ein Gutgutachten zu dem von Dr. Jung zu erlassen. Er kritisiert die angewandte Methode und was Jung auf „Schuld“ zurückführt, leitet Kunz von „Angst“ ab. — Dr. Jung repliziert und stützt sich auf seine jahrzehntelange Erfahrung.

Dr. Franz Kildin in Rännacht hat die psychologische Wahrscheinlichkeit eines Selbstmordes der Frau Naf untersucht. Es ist kein Material vorhanden, das Anhaltspunkte dafür bietet, daß Frau Naf in ihren letzten Tagen dazu entschlossen gewesen wäre. Sie war aber mit einer gewissen „Selbstmordwahrscheinlichkeit“ belastet. Neben der allgemeinen Gefährdung führt der Experte die Neigungen von Lebensüberdruß und die früheren Selbstmordversuche der Frau Naf in der Hauptsache auf ihre Einstellung zu den jeweiligen Geliebten oder Ehemännern und auf das Verhältnis zu ihren Verwandten zurück. Bei einer selbstmordgefährdeten Person weiß man nie, wann das Maß voll ist. Der Experte kommt am Schluß der Verlesung seiner sehr weitläufigen Untersuchung zu dem Ergebnis, daß Frau Naf zu ersten und geplanten Selbstmordversuchen fähig war. Von den von Naf und seinem Verteidiger angeführten Selbstmordmotiven kommt nur ein Teil ernsthaft in Betracht. Das Verhalten der Frau Naf in den letzten Tagen schließt einen Selbstmord psychologisch nicht unbedingt aus. Die angelegte Zahnbehandlung und das Bereitstellen der Wafchengenstände läßt einen Selbstmord eher unwahrscheinlich erscheinen. Für einen Selbstmord sprechen vor allem Anlage, Charakter und Lebensführung der Frau Naf. Dagegen spricht in erster Linie das Verhalten des Angeklagten, soweit es im Zusammenhang mit dem Tode seiner Frau stand. Zusammenfassend stellt der Experte nochmals fest, daß er kein letztes psychologisches Dokument gefunden hat, das einen tatsächlichen Selbstmord mit ziemlicher Sicherheit annehmen läßt; trotzdem hält er einen Selbstmord psychologisch für möglich.

Die Beweisverhandlung ist damit abgeschlossen. Es kann nicht Aufgabe eines Richterstaters sein, sich über ihr Ergebnis auszusprechen, so wenig wie es möglich war, die Aussagen sämtlicher Zeugen wiederzugeben. Nachdem am Mittwochabend den Geschwornen vom Staatsanwalt und vom Verteidiger noch die Akten übergeben worden sind, die ihnen im Beratungszimmer mitgegeben werden sollen, können am Donnerstag die Parteivorträge beginnen. Der Wahrspruch der Geschwornen wird auf den Freitagabend erwartet; das Urteil soll im Laufe des Samstags eröffnet werden.

Ein neues Meteor

(Korr.) Am Mittwochabend um 18 Uhr 18 war in Zürich von der Quabridge aus ein Meteor sichtbar, das sich in der Richtung gegen den Hellberg bewegte. Anfänglich verbreitete es einen hellen bläulichen Schein, der dann in dünnes Metall überging. Vorn war ein klarer weißer Stern zu sehen, der sich dann ebenfalls verlor. Die Erscheinung dauerte drei bis vier Sekunden.

Frauenfeld, 23. Nov. ag Am Mittwochabend um 18 Uhr 18 wurde aus der Gegend von Frauenfeld wiederum ein Meteor beobachtet, das als leuchtende Erscheinung von Osten nach Westen zog und die Nacht erhellte. Es konnte auch ein Schweif beobachtet werden. Die Himmelserscheinung verschwand schon nach wenigen Sekunden.